Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

146 (27.6.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 146. Karlsruhe, Dienstag den 27. Juni 1905. 25. Jahrgang.

Lodz.

Vor fünfzig Jahren ein fast unbekanntes Industriedorf, vor zwanzig eine kleine Stadt mit 40 000 Einwohnern, seit zehn eine industrielle Großstadt, deren Bevölkerung der ersten halben Million zusteuert, seit ein paar Tagen endlich der Schauplatz großer historischer Begebenheiten, so spiegelt Lodz in seinen Schicksalen ein gut Teil neurussischer Geschichte wieder. Etwas Neues, Unbekanntes tritt für Westeuropa hier in Erscheinung, etwas, das plötzlich, riesenhaft, mit märchenhafter Schnelligkeit emporwächst. Lodz und das ganze industrielle Polen schmachtet unter dem Druck einer hyperkonservativen Regierungsmethode, deren einzige Maxime darin besteht, daß alles, wie es gestern war, auch heute sein müsse. Und doch ist Russisch-Polen in den letzten Jahren tiefergreifenden Veränderungen unterworfen gewesen, als irgend ein demokratisch regiertes Land der Welt.

In diesem Gegensatze offenbart sich die unmethodische Tollheit des russischen Systems. Denn die wahrhaft revolutionäre Entwicklung, die Polen genommen, die fast plötzliche Entstehung eines mächtigen Industriekapitalismus und eines um seine Befreiung ringenden Industrieproletariats ist nicht gegen, nicht ohne den Willen der Petersburger Gewalthaber erfolgt. Hinter den unübersteiglichen Mauern des Schutzzolls, künstlich gezüchtet, wuchs die Textilindustrie von Lodz empor, was die Politik Wittes zur Förderung der Industrie beitragen konnte, ward getan. Das fremdenfeindliche Reich öffnete weit seine Tore für die deutschen und österreichischen Industrieabenteurer, die mit geringem Kapital, minimaler Fachkenntnis, aber desto größerer Struppellosigkeit ausgestattet nach dem russisch-polnischen Manchester zogen, um dort alsbald das durch Fleiß und Intelligenz emporgekommene Bürgertum zu repräsentieren und einen Entbehrungslohn von Hunderten von Millionen anzuhäufen. Alle Vorbedingungen einer bis ins Ungeheuerliche gesteigerten kapitalistischen Expropriation waren hier gegeben: ein korruptes Regierungssystem, das durch seine Staatsaufträge Millionen in die Taschen der Unternehmer und der Beamten wirtschaftete, unwissendes, bedürfnisloses Menschenmaterial, in dessen Hirnen kein Gedanke der Menschenwürde lebte, dem alle ideellen und materiellen Möglichkeiten zur Verbesserung seiner Lage durch einen starren Despotismus für ewig genommen zu sein schienen. . . .

Und dennoch! Wohl herrscht heute in den Straßen von Lodz der weiße Schrecken und die Diktatur des Kosakentums. Aber in den Köpfen lebt der revolutionäre Gedanke. Unklar vielleicht, als ein gärendes Gemisch bürgerlicher und proletarischer Ideen! In die klare Erkenntnis des Klassenkampfs spielen polnisch- und jüdisch-nationale Bestrebungen hinein. Aber noch nie ist eine praktische revolutionäre Massenbewegung das Resultat eines theoretischen Rechenexempels gewesen; in dem Augenblick großer Entscheidungen verbinden sich alle lebendigen Kräfte des Volkes gegen den gemeinsamen Feind.

Das Proletariat von Lodz hat seinen Kampf zunächst als einen rein wirtschaftlichen geführt, er galt dem Zehnstundentag und der Verbesserung menschenunwürdiger Verhältnisse. Die Desorganisation der russischen Staatsgewalt gab ihm zeitweilig die Freiheit, ohne die ein solcher Kampf nicht zu führen ist. Dazu kommt, daß die Lodzer Industrie zurzeit mit Aufträgen — seien es Staatsaufträge oder solche, die sich aus den zurückgehaltenen Bedürfnissen des ersten Kriegsjahres ergeben — geradezu überhäuft ist. So konnte die Lodzer Streikbewegung von Erfolg zu Erfolg schreiten, worum die Crimmitschauer Weber wochenlang vergebens hungerten. In allen Fabrikhöfen wurde agitiert, auf allen Straßen revolutionäre Lieder gesungen, die sonst nur hinter verschlossenen Läden erklangen und aus den Fenstern grüßten die roten Fahnen.

Das ist nun vorbei. Die russische Regierung hatte zugewartet, sei es aus Planlosigkeit, sei es aus Schwäche, sei es auch in der wohlberechneten Absicht, der Bourgeoisie die harten Tatsachen des Klassenkampfes fühlbar zu machen und sie so auf ihre Seite zu bringen. Erst am letzten Dienstag begann für Lodz der neue Kurs. Man lieferte die Stadt den Kosaken aus. Nach glaubhaften Gerüchten hatten zahlreiche höhere Offiziere des regulären Militärs Teilnahme und Verantwortung an den furchtbaren Schlächtereien abgelehnt, die die Regierung jetzt mit allem Vorbedacht unternahm. Tatsächlich sah man während der Schreckenstage so gut wie gar keine höheren Offiziere auf der Straße. Entfesselt war die trunken gemachte Bestie der Soldateska auf die Zivilbevölkerung losgelassen; der Versuch der Verteidigung endete mit jenem Blutbad, von dem die Telegramme zu erzählen wissen, das alles bisher Erlebte in Schatten stellt, vor dem selbst die gräßlichsten Erinnerungen von Warschau und Petersburg erblassen.

Das Schicksal von Lodz hat bewiesen, was keines Beweises mehr bedarf: daß eine nur zu geringem Teil mit Revolvern und wenigen Handbomben bewaffnete Bevölkerung gegen ein paar tausend Infanteriegewehre, die von gedankenlosen Sklaven gehandhabt werden, nichts auszurichten imstande ist. Aber die nächste Zukunft wird beweisen, daß großsoziale und politische Probleme der Zeit mit Gewehrsalven nicht zu lösen sind. Das russische Selbstherrschertum kann die Revolution nicht zertreten, ohne das Milieu zu vernichten, in dem sie lebt und ohne das das heutige Rußland auch nicht mehr zu leben imstande ist: den Industriekapitalismus. Es ist schon oft gesagt worden, daß von allen Utopisten jene der Reaktion nicht bloß die allerschlimmsten, sondern auch die allertörichtesten sind.

Lodz wird in ein paar Jahren entweder eine tote Stadt, ein riesiger Stein- und Trümmerhaufen sein, oder aber es wird fortfahren, eine Metropole moderner Wirtschaft zu sein und dann wird es auch eine Hauptstadt der proletarischen Revolution sein und bleiben. Und eine ähnliche Alternative wie dieser eigentlich gar nicht russischen, sondern deutsch-jüdisch-polnischen Stadt ist dem ganzen russischen Reiche gestellt. Es muß entweder zurücksinken in den Urschlamm der Barbarei, oder die revolutionäre Kraft seiner Bevölkerung muß es trotz Blut und Tränen zu neuen Lebensformen emporheben, in denen es Schritt halten kann mit den Fortschritten der zivilisierten Welt.

Die Schlächterei von Lodz ist nur der Anfang eines Endes. Entweder des Endes der russischen Industrie oder des Endes der russischen Autokratie! Selbst die Ausbeuter von Lodz — so ziemlich die geistlosesten und borniertesten aller Länder — begreifen am Ende, daß man unter geschwungenen Kosakensäbeln kein Garn zwirnen und kein Tuch weben kann. Auch sie meinen, daß ein bald lethargisches, bald tobsüchtiges Regime nicht die Ordnung verbürgen kann, deren die Industrie zu ihrer Entfaltung bedarf. Die deutschen Scharfmacher können von ihnen lernen — soferne sie für Gründe des menschlichen Gefühls ganz unzugänglich sind — wie schwerwiegende Gründe der Vernunft und der Selbsterhaltung gegen ein System sprechen, das bislang ihr Ideal gewesen ist. Nur über die Leiche der kapitalistisch-bürgerlichen Kultur geht der Weg zum Herzen der Revolution.

Politische Uebersicht.

Eine Terrorismusfabel.

Durch die bürgerliche Presse geht ein Schauerbericht über eine sozialdemokratische Wählerversammlung in Eberswalde, in der ein „reichstreuer Arbeiter", ein Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, übel behandelt und seiner Redefreiheit beraubt worden sein soll. Dazu schreibt uns ein Augenzeuge jener Vorgänge, diese Geschichte biete ein typisches Beispiel dafür, wie die bürgerlichen Legenden über den sozialdemokratischen Terrorismus entstehen. Zunächst war der Mann, der am 17. Juni in Eberswalde Bebel entgegentrat, kein „reichstreuer Arbeiter", sondern ein Angestellter des Reichsverbandes, der im Kreise gar nicht heimisch ist, sondern dem sozialdemokratischen Redner nachgefahren war. Dieser Herr Ermer — so oder ähnlich heißt er — bewies seinen guten Ton gleich in der Einleitung seiner Rede, in der er sagte, die Stellungnahme Bebels gegen einen Artikel in der „Leipz. Volkszeitung" beweise, „daß sogar im Herzen des Abg. Bebel Begriffe von Anstand und Nichtanstand existierten". Daß die schnodderige Frechheit dieser Bemerkung den Unwillen der Versammlung erregte, läßt sich schließlich begreifen. Nicht minder begreiflich ist das stürmische Gelächter, das dieser Erklärung des Redners folgte: „Die Bergarbeitervorlage der preußischen Regierung ist nur darum vom Abgeordnetenhause abgeändert worden, damit die Arbeiter sie besser verstehen sollen". Die Teilnehmer der Versammlung hätten hölzerne Puppen sein müssen, wenn sie auf solche und ähnliche Bemerkungen des Redners nicht durch Heiterkeit und stürmische Protestrufe reagiert hätten. Trotzdem konnte der Herr vom Reichsverband seine fast endlose Rede — nach einer höflichen Mahnung des Vorsitzenden an die Kürze der Zeit — zu Ende führen und, obwohl er nicht über ungewöhnliche Stimmittel verfügt, im ganzen Saale verstanden werden. Schließlich ging der Herr nach Bebels Schlußwort vielleicht — in moralischem Sinne — etwas „geknickt", aber sonst ganz unbehelligt nach Hause. Der „Terrorismus" der Versammlung bestand also bloß darin, daß sie dem Unteroffizier des Generals v. Siebert in lauten Rufen zu verstehen gab, daß sie nicht seiner Meinung wäre. Dergleichen wäre wohl Meuterei, wenn es im militärischen Subordinationsverhältnis passierte, kann aber den Teilnehmern einer Wählerversammlung kaum verwehrt werden. Wenn nun auch dieser „Fall" heran soll als Beweis für den „Terrorismus" der Sozialdemokraten, so muß es mit den übrigen „Beweisen" verdammt schlecht bestellt sein.

Badische Politik.

Zielbewußt

entstellt der Karlsruher Korrespondent des „Schwäbischen Merkur" die Tatsachen, um über die Stimmung in Baden gegenüber der beabsichtigten Tarifreform ein gänzlich falsches Bild geben zu können. Zielbewußt hetzt er die nationalliberale Parteileitung gegen den Chefredakteur der „Bad. Landesztg.", um es zu verhüten, daß das führende Organ der nationalliberalen Partei der Stimmung der badischen Bevölkerung Ausdruck geben kann. Es scheint auch so, als habe Herr Ammon in dieser Richtung schon einen Erfolg erzielt. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß die nationalliberalen Oberbonzen der Stimmung in Regierungskreisen mehr Rechnung tragen, als der Volksstimmung. Die Nationalliberalen tragen ja auch die Hauptschuld daran, daß der badische Landtag in Tariffragen heute noch kein Wort mitzusprechen hat. Jedenfalls steht so viel fest, daß auf die Nationalliberalen auch in dieser so wichtigen Frage absolut kein Verlaß ist.

In welcher Weise die öffentliche Meinung in Baden hinsichtlich der schwebenden Eisenbahnfragen in auswärtigen Organen geflissentlich entstellt wird, dafür liefert ein Bericht des Karlsruher Merkurkorrespondenten über die letzte Versammlung des Gewerbevereins ein drastisches Beispiel. In dieser Versammlung referierte der Chefredakteur der „Bad. Landesztg." über die Eisenbahnfragen. Er fand mit seinen Ausführungen bei den anwesenden Gewerbetreibenden lebhafte Zustimmung. Nur ein Redner, der Geh. Regierungsrat Crohn, wagte schüchternen Widerspruch. Als Genosse Kolb der Bremserei und Leisetreterei des Herrn Geh. Regierungsrats scharf und energisch entgegentrat, wurde fast jeder Satz mit lebhaften Zustimmungsäußerungen der Versammlung begleitet. Kolb befürwortete eine allgemeine Protestversammlung gegen die geplante Tarifreform. Herr Ammon zieht nun aus der Tatsache, daß ein diesbezüglicher Beschluß nicht gefaßt wurde, den Schluß, diese Anregung hätte nicht dem Sinne mancher Teilnehmer entsprochen. Wäre er in der Versammlung gewesen, so hätte er jedenfalls das Gegenteil berichten müssen, denn tatsächlich fand die Anregung den Beifall der Versammlung. Daß kein Beschluß gefaßt wurde, ist reiner Zufall. Kolb war nur als Gast in der Versammlung und konnte daher keinen Antrag stellen. Der Vorsitzende schien der Situation nicht gewachsen und infolge dieses Umstandes unterblieb eine Beschlußfassung. Tatsache aber ist, daß die Anwesenden den Vorschlag lebhaft begrüßten und daß auch nicht der leiseste Widerspruch dagegen laut wurde.

Herr Ammon ist das publizistische Sprachrohr der badischen Eisenbahnbureaukratie. Dieselbe Rolle wie er spielt auch die Regierung. Sie hüllt sich in Schweigen, angeblich, weil sie noch nicht eine bestimmte Stellung eingenommen hat. In Wirklichkeit aber nur deshalb, weil sie den Protest des badischen Volkes fürchtet. Herr v. Soden, der württembergische Eisenbahnminister, hat doch nicht die Unwahrheit gesagt, als er erklärte, die badische Regierung habe von vornherein sich gegen die bayerischen Vorschläge ausgesprochen. Warum kann der württembergische Eisenbahnminister Aufklärung über den Stand der Angelegenheit geben und warum der badische nicht? Die Herrschaften in Karlsruhe täuschen sich, wenn sie glauben, durch dieses Verdeckenspiel das Volk täuschen zu können.

Wenn die nationalliberale Partei die Protestbewegung gegen die geplanten „Reformen" nicht mitmachen will, so schadet das der Sache selbst nichts. Wohl aber wird dann der Beweis erbracht sein, daß die Nationalliberalen bereits umgefallen sind. Jedenfalls werden wir die Gelegenheit nicht versäumen, um dem Volk zu zeigen, wem es ernst ist mit der Verteidigung dessen, was das badische Volk nicht preisgeben will, ohne daß ihm dafür die Gewähr geboten wird, daß man etwas gleich gutes oder womöglich noch etwas besseres dafür bekommt. Was im Karlsruher Gewerbeverein versäumt wurde, kann nachgeholt werden, Herr Ammon! Wenn die nationalliberale Partei dann dem Rate Ammons folgen will, gut. Die Verantwortung für einen solchen Streich hätte ja dann nur die nationalliberale Partei zu tragen. Herr Ammon hat der nationalliberalen Partei den schlechtesten Dienst erwiesen, wenn er es fertig brachte, sie dahin zu beeinflussen, sich in dieser wichtigen Frage in eine reservierte Stellung zurückzuziehen. Hier heißt es jetzt: offen Farbe bekennen. Wer nicht für den Fortschritt ist, ist gegen ihn. Die Angstmacherei mit der „Isolierung Badens" ist fauler Zauber, weiter nichts.

Die Zeitungsagitation auf der Kanzel

wird programmäßig betrieben. Nicht nur, daß die ultramontane Presse empfohlen wird, die gegnerische wird nach allen Regeln ultramontaner Verdummungskunst heruntergeputzt. Nicht nur in Liptingen in der Bodenseegegend, von wo aus die „Konstanzer Ztg." berichtet, daß der Pfarrer von den „feindlichen Zeitungen" behauptete, sie hätten den Teufel in sich, wird die politische

Diamantstadt.

Roman von Hermann Heijermans.

59) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Der Mann, der durch den Torweg gekommen war, der die entsetzlichen Wohnungen gesehen hatte, die verschimmelten Mauern, die Kraulöcher von Zimmern, erster Stock und zweiter Stock, und zuerst auf die Türpfosten achtete. Der Mann in seinem warmen Pelz — der Mann, der keine Augen hatte für das fensterlose Loch, worin die Unrattonne stand und David mit den Kindern auf dem Fußboden lag. Der Mann, der durch sein Geschäft — ein anderes Wort wußte er nicht dafür — die Hölle kennen mußte, worin sein Judenvolk lebte, die Hölle von Schlupfwinkeln und Gäßchen, und nicht mit blutunterlaufenen Augen seine Raserei über so viele Schandtaten ausschrie. Der Mann, der nicht die Treppe hinaufkletterte zu Poddy, Poddy in seiner Bettstelle — nicht heraufkletterte zu Suikerpeer, nicht zu den Nachbarn vorn und hinten, die für ihr tägliches Fressen kämpften — der Mann, dem das Gehirn nicht brannte, der nicht in wilder Empörung schnob, wenn er Menschen in Kellern und Winkeln wimmern und vertieren sah — der Mann, der auffuhr, wenn er das Zeichen der Gebote an den Türpfosten vermißte — der Jungens ausschimpfte, wenn sie am Schabbes rauchten — der eifrig nachschnüffelte, ob das Essen und Trinken auch koscher war — ob auch Matzoth am Passahfest gegessen wurden — ob die Frauen auch falsche Scheitel trügen — ob's Fleisch auch aus der Halle her geholt wurde — der Mann, der in seinem starren Dogma jeden Tag an eben Geborenen die Beschneidung vornahm, jeden Tag das Brandmal der Sklaverei und sklavischen Formendienstes auf wehrlose Körperchen drückte — der Mann, der betete, flehte, sang und segnete — der Mann, der unantastbar in seiner Synagoge war — der Mann, der nun vielleicht gerade in der Tasche seines Rocks ein Cachet Diamanten aufbewahrte — er hatte ihn selbst im Kasino schachern sehen, als der Schuhjude ihm die Stiefel putzte — diesem Mann gegenüber nahm er nichts von dem Geschehenen zurück — dieser Mann war ihm und den andern ein Feind.

„Hör'n Se nich? — Hör'n Se nich, Eli?" — fragte Reggie noch einmal.

„Ich weiß nicht, wo sie geblieben ist," log er — warum sollte er es ihr so schwer machen? — „und wenn das das Schlimmste ist, daß sie weggekommen ist, dann kommen wir da auch wohl noch drüber weg."

„Dann kommen wir da auch wohl noch drüber weg! Dann kommen wir da auch wohl noch drüber weg!" sprach Druif ihm wütend nach. „Er weiß nicht, wo sie geblieben ist! Wenn ein Kind das sagte, würde man es schlagen. Ob er's wohl weiß! Ob er's wohl weiß!"

Der aufreizende Schulmeisterton und das brüske Vorgehen des Unterrabiners, der ihn als Jungen gekannt hatte und hier nun für etwas auftrat, das Eleazar ein Greuel war, begannen ihn zu erregen. Die Zeit, wo der ihm zu befehlen hatte, war doch vorüber.

„Ich glaube," sagte er, bleich von zurückgedrängter Wut und die Fäuste in den Hosentaschen ballend, „ich glaube, daß Sie mit einer Gabe zu meiner Tante gekommen sind — bleiben Sie nur dabei — ich habe keine Lust, mich mit ihnen zu zanken."

Einen Augenblick lehnte sich Druif in seinem Stuhl zurück, dann sprach er grimmig: „Ich will kein Wort an Sie verlieren. Sie sind ein frecher Haurik! Und Sie lügen — ja, Sie lügen — es ist etwas Besonderes mit der Mesuso geschehen. Das sah ich an Ihrem Gesicht, als Ihre blinde Tante an die Tür ging, als sie ihre Hand auf die Stelle legte. — Sie lügen!"

Scharfkantig zogen sich Eleazars Ellenbogen. — Er war ein Straßenjunge — ein Kind, das man schlagen sollte — ein Lügner?! Die Wut ließ seine Schläfenadern schwellen. Er vergaß Reggie und nur das Gesicht des sinnlichen Juden mit dem runden schwarzen Bart sehend, sprach er schneidend, grimmig:

„Ich lüge — ja — ich lüge! Wenn Sie aus dem Torweg heraus gehen, können Sie sie in der Gracht suchen! Es müßten noch mehr hineingeschmissen werden — sie gehören nicht an die Türpfosten von Menschen, die verrecken. Getreten und getreten — ausgesogen, in Armut und Elend — und die zehn Gebote an den Türpfosten — das ist ja zum Schreien, zum Bersten vor Lachen . . .!"

Dröhnend schlug Druifs Hand auf den Tisch — die Flasche mit dem Petroleum bebte — die Düte mit dem Salz sprang auf.

„Sie scheinen zu vergessen," zeterte er los, indem er drohend aufstand, „mit wem Sie sprechen, Straßenjunge, Straßenjunge!"

„Um Gottes willen —, um Gottes willen," flehte die Blinde, ängstlich von ihrem Stuhl aufspringend, „gehn Se weg, Eli — halten Se Ihren Mund, Eli . . ."

„Ich habe Ihnen keinen Aerger machen wollen," sprach Eleazar sanfter, „und an Ihren Türpfosten soll schon 'ne neue Mesuso kommen — es gibt genug davon! — Für mich ist so 'n Ding nicht so viel wert, nicht so viel!"

„Sie — Sie nehmen ein böses Ende," brach Druif noch einmal los, indem er wütend seinen Rock zuknöpfte. „Sie sind zu ordinär, um noch ein Wort an Sie zu verlieren. So wahr mich Gott hört — Sie trifft noch Ihre Strafe!"

Gelangweilt zog Eleazar die Schultern hoch. Es schadete ihm nichts. Es war ja fast komisch, daß solch ein Mann feierlich im Namen Gottes sprach, im Namen Gottes drohte.

„Gehn Se nu' so nich fort — bleiben Se noch," sprach murmelnd die Blinde, die die Wut der beiden fühlte. „Bedenken Se doch, daß er so verbittert is durch den Streik — wenn auch darüber nich gut zu sprechen ist — un' hätt' er getan, was ich m'r nich denken kann — daß er verstört is — durch all das, was uns in der letzten Zeit überkomme' — er meint es nich so — er meint es nich so . . ."

„Tante!" fiel Eleazar ihr in die Rede, „machen Sie sich nicht kleiner als nötig ist. Ich hatte gar keine Lust, mich hier mit ihm einzulassen — er hat mich gezwungen. Und er möge mich ungeschoren lassen!"

Druif schwieg. Er musterte den jungen Mann von Kopf bis zu den Füßen und begriff, was geschehen war. Täglich vergifteten Broschüren und Versammlungen junge Leute seiner Bekanntschaft. Täglich las er von debattierenden Juden, von Juden, die aufwiegelten, von Juden, die schriftstellerten. Dumme Affen, unwissende Kerle, Schlafmützen seit der Schule her, denen mit Mühe etwas eingepaukt war, die keinen Brief ohne Fehler zusammenschreiben konnten, machten in Politik, schwadronierten in Versammlungen. Die Diamantindustrie mit ihren Fabriken war eine Pest. Der eine steckte den andern an. Der eine lieh dem andern Bücher und sozialistische Zeitungen. In zahlreichen Familien, die er von jung auf besuchte, fand man diese dreisten brutalen Flegel, über die man vor Jahren noch gelacht haben würde, gehörig gelacht, unfähige Jungens, die über Marx und Lassalle philosophierten, über ökonomische Zustände, über den Gottesdienst, über was man nur wollte. Anmaßend, eingebildet, nachschwatzend, was sie behalten hatten, was unreife Köpfe nicht beurteilen konnten, sah man sie auf öffentlichen Versammlungen das Wort ergreifen und bekannte angesehene Eingesessene anfallen. Oft schon beklagten sich Väter und Mütter darüber. Manchmal prallte er mit diesen Neuerern zusammen, wurde er brutal angefahren. Früher konnte er nicht in die Armenviertel hineingehen, ohne daß er nicht von allen Seiten gegrüßt worden wäre, ohne daß sie nicht nickten und die Mützen abnahmen. Jetzt zögerte er, ob er an einer Gruppe Diamantschleifer vorüber oder lieber nach der anderen Seite gehen sollte. Es war ein Fluch, ein Fluch.

(Fortsetzung folgt.)

Agitation von der Kanzel betrieben. Das geschieht auch ganz in der Nähe der Residenz. Der bekannte Herr Müßle herrscht zurzeit in Ersingen. Den „Volksfreund" nennt er in der Kirche beim Namen und agitiert gegen ihn. Aber nicht genug damit. Er beschimpft unsern dortigen Korrespondenten in der Kirche von der Kanzel herunter als „dummen Kerl".

Wir haben unserm Korrespondenten geraten, sich das nicht so ohne weiteres gefallen zu lassen. Wenn's nicht anders geht, muß eben gegen die politische Hetzarbeit in der Kirche von Gerichtswegen eingeschritten werden. Alle nichtultramontanen Parteien haben ein Interesse daran, gegen diesen brutalen Mißbrauch der kirchlichen Privilegien in entschiedenster Weise Stellung zu nehmen. So was darf man sich einfach nicht bieten lassen, sonst wird die ultramontane Gesellschaft noch anmaßender, als sie es schon ist.

Sehr gut.

In seiner Encyclica über die Anteilnahme der italienischen Katholiken am politischen Leben sagt der Papst wörtlich:

Das Feld des Geistlichen ist die Kirche, wo er als Vermittler Gottes die Wahrheit predigt und mit der Achtung der Gesetze Gottes Achtung vor dem Gesetz allen Geschöpfen einflößt. Auf diese Weise ist er **keinerlei Opposition ausgesetzt, er erscheint nicht als Parteiträger, Begünstigter der einen, Gegner der anderen;** auch setzt er sich nicht der Gefahr aus, um den **Zusammenstoß gewisser Tendenzen zu vermeiden, oder um die Gemüter in manchen Diskussionen nicht noch mehr aufzuregen, die Wahrheit zu verhehlen oder sie zu verschweigen. Er darf deshalb nicht teilnehmen an Verbindungen dieser Art,** wenn nicht nach reifer Ueberlegung, im Einverständnis mit seinem Bischof, und dann nur in solchen Fällen, in denen eine Hilfe frei von jeglicher Gefahr und von besonderem Wert ist.

Dazu bemerkt die „Heidelb. Ztg." mit feinem Spott: „Wie verlautet, wird das badische Zentrum diese Worte des Papstes in seinen Wahlaufruf aufnehmen, vorher aber das vielgenannte Agitationsschreiben des Geistlichen Rats Wacker an die badischen Pfarrämter öffentlich verbrennen und dem Papst dann unter ehrerbietiger Danksagung für seine befreienden Worte Kenntnis geben. Die geistlichen Kandidaturen für den badischen Landtag, einschließlich derjenigen des Trutzkandidaten Schofer, sollen schon zurückgezogen sein."

Sehr gut! Uebrigens hat ein Teil der Zentrumspresse nach der „Bad. Landesztg." den oben zitierten Passus aus der päpstlichen Encyclica unterschlagen. Ist der Zentrumspresse übrigens zuzutrauen.

Die Trutzkandidatur Köhler

wird von der Zentrumspresse energisch geleugnet, von der „Bad. Landesztg." aber ebenso energisch aufrechterhalten. Uns interessiert dieser Streit sehr wenig, weshalb wir uns auch nicht weiter damit befassen.

Landtagskandidaturen. Im Bezirk Ettlingen-Durlach-Pforzheim hat das Zentrum den Betriebssekretär Santo in Ettlingen aufgestellt. Die Konservativen stellten für den Bezirk Boxberg-Adelsheim den Reallehrer Hollenbach an der Taubstummenanstalt in Gerlachsheim auf.

Deutsches Reich.

Der Goethebund über die Frage des Religionsunterrichts.

Die Versammlung der deutschen Goethebünde zu Mainz nahm nach den Reden von Genossen Dr. David-Mainz und Pastor Dr. Kalthoff-Bremen eine Resolution an, welche erklärt, daß der konfessionelle Religionsunterricht in der Schule einen Ersatz finden solle durch die Vertiefung der Welt- und Lebensanschauung der Kinder. Der konfessionelle Unterricht sei Privatsache.

Ein konservatives Stimmungsbild über Wilhelm II.

In der Stuttgarter „Reichspost" läßt sich der Agrarierhäuptling Fritz Schrempf wie folgt vernehmen:

Vom Kaiser. Mit einer Blitzesschnelligkeit gemahnenden Geschwindigkeit durchreiste der Kaiser in den letzten Tagen die Strecken Potsdam-Sigmaringen-Hohenzollern-Hannover-Lüneburg-Hamburg-Helgoland. Er „zuckt" nur so durch das Reich, daß die Blätter kaum in den „neuesten Telegrammen" seinen Ortsveränderungen folgen können. Diese rätselhafte Reiselust und nervöse Unruhe muß schließlich — trotz aller Bequemlichkeiten des Reisens — die stärksten Nerven ruinieren. Unser Kaiser sollte ein Reich von der Ausdehnung Rußlands oder Englands und seiner Kolonien haben — dann erst könnte er sich ausleben und seinen beweglichen Geist befriedigen. —

Die Frage der Personentarifreform.

Minister v. Budde erklärte letzten Donnerstag einem Redakteur der „Tgl. Rdsch." auf Befragen, er denke nicht daran, die bestehenden Sonntagsfahrkarten bei der Durchführung der Personentarifreform zu beseitigen. Alle für bestimmte Wohlfahrtszwecke bestehenden Vergünstigungen wie Arbeiterwochenkarten, Sonntagsfahrkarten, Feriensonderzüge usw. bleiben in dem gleichen Umfange wie bisher und in derselben Art auch bei der erwähnten Reform bestehen. Der Minister habe sich bei den Verhandlungen bezüglich der Tarifgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen ausdrücklich die Beibehaltung dieser Wohlfahrtszwecken dienenden Ausnahmen vorbehalten.

Und dabei mutet man Baden zu, auf sein Kilometerheft zu verzichten. Es ist übrigens eine recht bureaukratische Auffassung, von denjenigen Einrichtungen, die sich am besten rentieren, als von Wohlfahrtseinrichtungen zu reden. Wann werden unsere Eisenbahnbureaukraten einmal Vernunftgründen sich zugänglich erweisen?

Ausland.

Schweiz.

Bei der Volksabstimmung in Zürich wurde die Kreditvorlage für die Neubauten der Kantonsschule und des Technikums mit 31 000 gegen 15 000 Stimmen angenommen. Von elf Bezirken haben nur zwei die Vorlage verworfen.

Soziale Rundschau.

Zum Lohnkampf der Steinarbeiter in Straßburg. Da den Unternehmern es absolut nicht gelingen will, „Arbeitswillige" zu finden, und die Streikenden nicht daran denken, ohne feste Vereinbarung auf ihre verlassenen Arbeitsplätze zurückzukehren, so soll jetzt ein verzweifeltes Mittel zur Anwendung kommen. 100 Kunststeinarbeiter sollen nach Straßburg herangezogen werden, um die Steinhauerarbeiten durch Zement (Kunststeine) zu ersetzen. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts sowie jeden Arbeiterfreund, nicht nur den Zuzug von Sandsteinarbeitern, sondern auch insbesondere noch die Zuwanderung von Kunststeinarbeitern mit allen möglichen Mitteln zu verhindern.

Ueber etwaige geplante Zureise ersuchen wir um sofortige Mitteilung darüber.

Die Streikkommission der Steinarbeiter.
J. A.: G. Strauß, Steinhauer,
Straßburg (Volksgarten).

Eine Kraftprobe des Unternehmertums ist die rigorose Aussperrung der Metallarbeiter in den beiden Hauptstädten Bayerns, in München und in Nürnberg. Wir haben schon mitgeteilt, daß Abertausende Ausgesperrter in Betracht kommen. Ein Ueberblick über die Zahl läßt sich vorläufig noch nicht gewinnen. Gestern fanden in den drei größten Sälen Münchens Volksversammlungen statt, die sich mit dem Gewaltstreich der Metallindustriellen beschäftigten. In Nürnberg diskutierten über das gleiche Thema **17** Volksversammlungen. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands sieht mit Spannung auf den Verlauf und das Ende dieses Riesenkampfes. Der deutsche Metallarbeiterverband konzentriert seine Kräfte auf die Hauptzentren Bayerns und steht den Ausgesperrten finanziell zur Seite.

Mit der Metallarbeiter-Aussperrung scheint das Unternehmertum in München noch nicht zufrieden zu sein. Man berichtet nämlich gleichzeitig von einer **großen Bauarbeiter-Aussperrung.** Am Freitag Abend wurden bei den Maurern 773, bei den Zimmerern 310, von den Hilfsarbeitern 900 Mann aufs Pflaster geworfen. Den schmachvollen Revers — Bereiterklärung zum Austritt aus der Organisation — unterzeichnete keiner.

Die Arbeitgeber verfuhren aber bei der Aussperrung so, daß ihnen durch sie möglichst wenig Gewinn entgehe. So behielten sie gnädigst die Tiefbauarbeiter in Arbeit, ein ganz Schlauer sperrte aus, überwies seine Arbeiter jedoch einem indifferenten Arbeitgeber, der den jedenfalls pressanten Bau fertigstellen soll. Es ist selbstverständlich, daß die Organisation diese Gewaltmaßregel nicht ruhig hinnehmen, sondern auch die Leute aus den Bauten herausholen wird, die von den Arbeitgebern für gut genug befunden wurden, ihnen aus der selbst geschaffenen Patsche herauszuhelfen.

Der Zentralbahnhof München zeigte gestern Vormittag ein eigenartiges Schauspiel. Etwa 300 wetterharte Gestalten, mit Rucksäcken oder Reisesäcken bepackt, bevölkerten den Perron, die meisten begleitet von Frauen und Kindern, die weinend von dem Vater Abschied nahmen, der es vorzog, lieber draußen im Lande in Arbeit zu treten, als durch Unterschrift eines schmachvollen Reverses sich selbst zu entehren und seiner Organisation in den Rücken zu fallen. Es waren Bauhandwerker, die auf Aufforderung des Verbandes hin den Staub Münchens von den Füßen schütteln.

*

Eine letzte Nachricht meldet:

München, 26. Juni. Im Ministerium des Aeußern sind zur Herbeiführung einer Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Arbeitern, und zwar zunächst mit den Vertretern der Industriellen, Verhandlungen eingeleitet worden, welche morgen mit den Vertretern der Arbeiter fortgesetzt werden sollen.

Ueber den Verlauf des Kampfes werden wir unsere Leser ausführlich unterrichten.

Fünfte Generalversammlung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes.

Dresden, 22. Juni.

Bei Eintritt in die heutige Vormittagssitzung nimmt zunächst Döblin das Wort, um das Wesen der Tarifgemeinschaft zu erörtern und gegenüber geschehenen Angriffen zu verteidigen. Freilich sei der Idealzustand im Gewerbe noch lange nicht erreicht, aber nur auf dem eingeschlagenen Wege können wir ihn erreichen. Durch die Kündigung des Tarifes würden wir jenem Teil der Prinzipale, der nur widerwillig denselben anerkannt, eine willkommene Handhabe geben, sich von den auf ihnen lastenden Verpflichtungen wieder freizumachen. Er erblicke einen großen Fortschritt darin, daß das Buchdruckgewerbe sich selbst regiert und seine Angehörigen in Streitfällen nicht zu den Gerichten zu laufen brauchen. Wir erblicken in der Tariforganisation das Mittel, die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen zu sichern. Bezüglich des Tarifabschlusses von Organisation zu Organisation empfehle er, den Vorstand zu beauftragen, mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten und ihm die Entscheidung darüber zu überlassen, ob sich ein Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation empfiehlt.

Homann-Berlin unterstützt den Antrag Hannover, nach welchem Stereotypeure, Galvanoplastiker usw. Aufnahme im Tarif finden.

Zopf-Berlin spricht an der Hand Berliner Vorfälle für die größere Berücksichtigung des Interesses der Maschinensetzer. Gegenüber den fortgesetzten Schikanierungen mancher Arbeitgeber genießen sie in den bisherigen Bestimmungen des Tarifs und seines Kommentars nicht den genügenden Schutz.

Giesecke-Berlin meint, daß der Akkordtarif gewissermaßen das Rückgrat der Tarifinstitution bilde und hält seine Abschaffung für untunlich.

Engelbrecht-Leipzig meint, daß die Prinzipale zu ihrem sozialen Verständnis durch die Macht der Verhältnisse gedrängt worden sind. Bei vorkommenden prinzipalsseitigen Uebergriffen gegen den Tarif, wie unberechtigte Abzüge u. dergl., ist es mitunter notwendig, dem Unternehmer sofort zu zeigen, daß sich die Gehilfen nicht widerstandslos alles gefallen lassen, sondern dieselben aus eigener Kraft zurückweisen können, ohne erst den langen Instanzenweg der Tarifinstitutionen zu beschreiten. Wir haben bei Lohnabzügen das Gewerbegericht in Anspruch genommen. Mit dieser Taktik ist die Leipziger Kollegenschaft sehr gut gefahren.

Fuhs-Mannheim betont, daß sie von Anfang an für eine Revision des Tarifs gewesen sind.

Darauf wird der Schlußantrag mit knapper Majorität angenommen.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung über die vorliegende Resolution:

„Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausschuß den Antrag auf Revision des Tarifs zu stellen. Eingegangene Abänderungsvorschläge sind seitens der Kreisvertreter an den Verbandsvorstand einzusenden und durch eine einzuberufende Gauvorsteher-Konferenz mit den Gehilfenvertretern und Vertretern der einzelnen Spezialbranchen zu prüfen und zusammenzustellen und dann ist den tariftreuen Gehilfen an den Kreis-Vororten an einem Tage Bericht zu erstatten."

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Spezialanträge, die noch vorliegen, werden zu einem späteren Punkte zurückgestellt.

* * *

In der Nachmittagssitzung gelangt zunächst vor der Statutenberatung Punkt 4 der Tagesordnung in folgender Form zur Debatte: „Besprechung über die Stellung des Verbandes zu den übrigen graphischen Berufen." Mussial-Berlin (Vorstandsmitglied) konstatiert, daß die Notwendigkeit der Erörterung dieser letzteren vorliegt, trotzdem es peinlich sei, die Interessengegensätze öffentlich zu besprechen. Man wirft uns Mangel an Solidarität vor. Dieser Vorwurf ist aber seines Erachtens vollständig unbegründet. Wir haben kein Interesse daran, vorhandene Gegensätze zu vertiefen. Durch die Aufnahme der (ungelernten) Tiegeldrucker in den Verband würde lediglich ein weiterer Streitpunkt geschaffen. Infolge verschiedener Vorkommnisse haben sich die Gegensätze in letzter Zeit weiter zugespitzt, u. a. durch eine Münchener Korrespondenz im Fachblatt der Hilfsarbeiter, der „Solidarität". Derartige provozierende Ausführungen können den Boden zur gegenseitigen Verständigung nicht ebnen. Auf der dritten Generalversammlung der Hilfsarbeiter-Organisation wurde eine Resolution angenommen, welche Tarifabschlüsse von Organisation zu Organisation fordert und die Mithilfe der Buchdrucker und Steindrucker dabei erwartet.

Frau Thiede-Berlin (Vorsitzende der Hilfsarbeiterorganisation) erklärt, daß mit dem Wachstum des von ihr vertretenen Verbandes auch der Wunsch nach Tarifabschlüssen laut wurde, da die Lohnverhältnisse sehr verbesserungsbedürftige seien. Ihre Kollegen stehen sozialpolitisch noch etwas zurück, und daraus erklärt sich auch ihre verschiedene Haltung in der Arbeitsnachweisfrage. Rednerin geht auf die Berufsverhältnisse ihrer Kollegen in Berlin und anderen Orten ein und erläutert die verschiedenartige Anschauung zu derselben Frage unter verschiedenen Verhältnissen. Daraus erkläre sich die Taktik, die hie und da eingeschlagen werden müsse.

Eifler-Berlin weist darauf hin, daß bei von der Vorrednerin angeführten Einzeldifferenzen zwischen Maschinenmeistern und Hilfsarbeitern zu erwägen bleibt, daß diese ersteren für die von ihnen bedienten Maschinen die volle Verantwortung tragen. Für Maßnahmen, die wir im Interesse der Organisation für notwendig halten, können wir unmöglich erst die Erlaubnis der Hilfsarbeiter einholen. Wir müssen ebenso von der politischen Presse verlangen, daß sie Vorgänge unter den Buchdruckern parteilos wiedergibt. Durch eine Aussprache auf dem nächsten Maschinenmeister-Kongreß mit einer Delegation der Hilfsarbeiter lasse sich am ehesten eine zweckentsprechende Verständigung herbeiführen.

Kloth-Berlin (Vorsitzender des Buchbinderverbandes) verweist in der schwebenden Angelegenheit auf die durch den Kölner Gewerkschaftskongreß gegebene Direktive. In den Hauptsitzen seines Gewerbes, wie beispielsweise Berlin, Leipzig, Stuttgart, bekunden Buchbinderprinzipale soziales Verständnis. In allen Fällen jedoch nicht. Wo Angehörige anderer Berufe in Frage kommen, ist er in bezug auf die einzuschlagende Taktik derselben Ansicht wie Frau Thiede, welche den Weg vorheriger Verständigung untereinander empfiehlt.

Krätke-Berlin meint, daß die Organisation der Hilfsarbeiter dem Verband ganz bedeutend genützt habe.

Sillier-Berlin (Vorsitzender des Verbandes der Lithographen und Steindrucker) steht auf dem Standpunkte, daß zunächst jede Organisation ihre Angelegenheiten selbständig zu regeln habe, hält aber im übrigen den Standpunkt des Referenten Mussial, der aus Einzelfällen der Organisation Vorwürfe mache, nicht für richtig. Auch die Buchbinder müssen Rücksicht nehmen auf ihre viel jüngere Tarifbewegung, aber deswegen darf die Betätigung des Solidaritätsprinzips nicht leiden.

Fritsche-Hannover gibt zu, daß in dem Falle des Ausstandes der Buchdrucker in einer größeren Fabrik Hannovers lediglich durch die praktische Betätigung des Solidaritätsprinzips durch Buchbinder und Steindrucker die neunstündige Arbeitszeit für die Buchdrucker errungen werden konnte.

Rexhäuser-Leipzig (Redakteur des „Korrespondenten") bedauert den Austrag dieser Angelegenheit in öffentlicher Sitzung. Derartige Fragen werden auch von anderen Organisationen in geschlossener Sitzung verhandelt.

Döblin meint, daß es viel leichter wäre, gegenüber den Hilfsarbeitern Solidarität zu üben, wenn sie einen Tarif bereits hätten. Aber das unbesehene Eintreten für alle Fälle würde dazu führen, daß der Verband von anderen Organisationen dirigiert würde. Das können wir nicht zulassen. Die von Sillier empfohlene Prüfung der Verhältnisse von Fall zu Fall sei ihm der am leichtesten gangbare Weg. Er empfiehlt die Annahme einer Resolution, die nach seinem Dafürhalten die Frage in ehrlichster und zweckentsprechendster Weise regelt. Die Resolution lautet:

„Die Generalversammlung erklärt es als selbstverständliche Pflicht der Mitglieder, die Bestrebungen der Hilfsarbeiter zur Hebung ihrer Lage zu unterstützen. Ein aktives Eintreten der Mitglieder zur Unterstützung der Forderungen der Hilfsarbeiter kann jedoch nur nach vorheriger Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen."

Schulze-Leipzig erklärt, daß sie dort Hilfsarbeiterinnen organisiert haben, die sehr schlecht entlohnt wurden. Es muß etwas geschaffen werden, womit man in Zukunft operieren kann.

Nach weiteren belanglosen Ausführungen zweier Redner, die Neues nicht brachten, wird ein Schlußantrag angenommen. Eine Erklärung der Frau Thiede, in welcher sie Einzelheiten der Debatte richtig stellt und ihren Standpunkt gegenüber der vorgeschlagenen Resolution kurz angibt, sowie eine Erklärung Döblins bezüglich der sinngemäßen Interpretation seiner Resolution beschließen diesen Punkt, und die oben mitgeteilte Resolution Döblins wird einstimmig angenommen.

Nunmehr kommt man zur Statutenberatung, wobei Eifler-Berlin (Hauptkassier) einleitend ein großzügiges Referat hält, in welchem er die leitenden Gesichtspunkte entwickelt, von denen sich die Generalversammlung bei ihren diesbezüglichen Beschlüssen leiten lassen müsse. Ein reichhaltiges Ziffernmaterial dient bei seiner Beleuchtung der einzelnen Unterstützungszweige als wertvolle Beihilfe. Wir versagen uns mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse das Eingehen auf Details, wie wir dies auch beim Referat Schliebs getan. Die außerordentliche Fülle von Anträgen zu diesem Punkte beweist das lebhafte Interesse der Mitglieder am Ausbau des Unterstützungswesens.

Es wird eine Elferkommission gewählt, der das gesamte Material mit der Weisung übergeben wird, daß die Generalversammlung im Prinzip einer kleinen Beitragserhöhung zustimmt, um eine Erhöhung des Sterbegeldes zu ermöglichen.

Eine Sympathieerklärung für die österreichischen Kollegen, die sich gegenwärtig in einer Tarifbewegung befinden, wird einstimmig angenommen und sodann die Sitzung nach mehr als achtstündiger Dauer geschlossen.

Elfte ordentliche General-Versammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsum-Vereine.

B. & G. Stuttgart, 28. Juni.

(Letzte Sitzung.)

Der Geschäftsführer Lorenz erstattet Bericht über die vorbereitenden Schritte, welche von der Geschäftsleitung zur Errichtung einer eigenen Seifenfabrik getan worden sind. Bekanntlich ist ein Grundstück dafür in Aken an der Elbe gekauft worden, die Genehmigung zur Einrichtung einer Seifenfabrik ist aber bisher von dem Kreisausschuß nicht zu erreichen gewesen. Es sind von Anwohnern und auch von Behörden Einsprüche erfolgt. Die Anwohner befürchten Rauch- und Rußentwickelung, die Behörden Wasserverunreinigungen usw. Das erste Genehmigungsgesuch ist vom Kreisausschuß abgelehnt worden, und diese Ablehnung ist vom Minister für Handel und Gewerbe bestätigt worden. Auch ein zweites Genehmigungsgesuch hat bis jetzt nicht zu einem Ziele geführt. Mit welchen Schwierigkeiten die Großeinkaufsgesellschaft zu kämpfen hat, wie sich die wirtschaftspolitische Gegnerschaft gegen die genossenschaftliche Produktion geltend macht, dafür liefert ein Beschluß des Magistrats von Aken, dem der frühere nationalliberale Parlamentarier Major a. D. Placke als Mitglied angehört, ein sehr bezeichnendes Dokument. Der Beschluß lautet:

„Der Magistrat beschließt, dieses Ersuchen abzulehnen, da durch den Bau der Seifenfabrik das Staatswohl und das Gemeindeinteresse verletzt werden.

Es ist offenkundig, daß die Seifenfabrik den Anfang zu einer ganzen Reihe genossenschaftlicher Anlagen in Aken bilden soll. Dies ergibt sich aus der Größe des von der Gesellschaft angekauften Geländes, aus öffentlichen Aeußerungen des Reichstagsabgeordneten Peus und aus einer öffentlichen Mitteilung des Reichstagsabgeordneten v. Elm-Hamburg. Nach der letzteren beabsichtigt die Großeinkaufsgesellschaft in Aken noch „diverse" Fabriken zu errichten und überhaupt die genossenschaftliche Produktion in Aken zu konzentrieren. Eine derartige Produktion bedroht aber die Existenz von zahlreichen kleineren Geschäftsleuten und Handwerkern verschiedener Art, sowie von vielen Hausbesitzern, denen mit der Zeit die Nutzung von Läden und größeren Wohnungen verloren geht. Diese Produktion bedroht deshalb einen großen Teil des sogenannten Mittelstandes mit Untergang, verletzt somit das Staatswohl und das Bestreben der Regierung, den Mittelstand, insbesondere den Handwerkerstand, zu schützen.

Der Magistrat erblickt deshalb in der Errichtung von genossenschaftlichen Fabriken in der Stadt Aken eine außerordentliche Gefahr, da erstens eine große Anzahl von Geschäftsleuten, Handwerkern und Hausbesitzern allmählich zugrunde gerichtet wird, und da zweitens durch den Zuzug vieler steuerschwacher Arbeitskräfte die Kommunallasten unzweifelhaft in bedenklicher Weise gesteigert wurden. Ob dieser Zuzug in solchem Umfange stattfinden wird, wenn die geplanten Fabriken in der Nähe Akens errichtet werden, ist sehr zweifelhaft, jedenfalls ist es in diesem Falle für die Stadt steuerlich unwesentlich, ob der Zuzug mit oder ohne Genossenschaftsfabriken erfolgt.

Vorstehende Erwägungen sind für den Magistrat mitbestimmend gewesen, die ihm nach der Gewerbeordnung zustehenden Einspruchsmittel nachdrücklich zur Geltung zu bringen."

Immerhin hat die Großeinkaufsgesellschaft sich weiter bemüht, die hygienischen Bedenken aus dem Wege zu räumen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß schließlich doch noch die Genehmigung erteilt wird. Jedenfalls wird der Konzessionskampf bis zum letzten Ende durchgeführt werden.

Die Vorbereitungen haben nicht nur viel Zeit, sondern auch viel Geld gekostet. Der Referent meint aber, es sei nichts verloren, denn mit der Zeit habe sich die Rentabilitätsaussicht der Fabrik auch gesteigert. Während die Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1903 etwa 55 000 Zentner Seife verkauft habe, sei der Absatz im Jahre 1904 auf 78 000 Zentner gestiegen. Die Rentabilität der Fabrik sei also gesichert und sie müsse gebaut werden. (Beifall.)

Ohne in eine Debatte einzutreten, erklärt sich die Generalversammlung mit den Ausführungen des Geschäftsführers einverstanden und billigt die weiteren von ihm in Aussicht gestellten Maßnahmen der Geschäftsleitung.

Das Wachstum der Großeinkaufsgesellschaft hat die Notwendigkeit gezeigt, dem Gedanken der Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes näher zu treten. Auch die Errichtung einer eigenen Buchdruckerei ist von der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geplant, und die Sache ist so gedacht, daß in das Verwaltungsgebäude die Bureauräume des Zentralverbandes mit aufgenommen werden.

Die Generalversammlung stimmt ohne Debatte dem von der Gesamtverwaltung gestellten Antrag zu, die Geschäftsführer und den Aufsichtsrat zu beauftragen, zur Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes Vorbereitungen zu treffen und hierüber der nächsten Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Als Ort für die nächste Generalversammlung wird Stettin bestimmt.

Ein Mitglied der Versammlung tritt für Beteiligung an der Cunewalder Genossenschaftsweberei ein, deren Leitung jetzt in bewährten Händen liege. Der Anteil beträgt 200 Mk. (Zustimmung.)

Mit einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen sind die Geschäfte der Generalversammlung erledigt.

Badische Chronik.

Sp. **Beiertheim,** 24. Juni. Einiges von unserer Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde Beiertheim soll, wie bekannt, am 1. Januar 1907 mit der Stadtgemeinde vereinigt werden. Aus diesem Grunde sieht sich die Ortsverwaltung Beiertheim veranlaßt, alles, was noch möglich ist, z. B. Kanalisation, Herstellung von Straßen, Erbauung eines Pfründnerhauses 2c., so lange Beiertheim noch für sich ist, machen zu lassen. In einer solchen Angelegenheit wurde der Bürgerausschuß am 3. Juni zu einer Sitzung in den Rathaussaal berufen. Es stand an jenem Tag nur ein Punkt auf der Tagesordnung, die Entwässerung der Brauerstraße in die Hildastraße betreffend. Die Kosten hierzu betragen voraussichtlich 1700 Mk., welche mit allen gegen eine Stimme genehmigt wurden. Bemerken müssen wir jedoch, daß in dieser Sitzung der Bürgerausschuß nicht beschlußfähig war. Es fehlten noch zwei Mann, damit aber die Verhandlung nicht umsonst war, ging ein Mitglied in die nahe Wirtschaft zum „Adler" (zweites Ständehaus), um noch zwei Mann zu holen, natürlich den Herrn Adlerwirt auch. Diese Herren kamen aber erst, als ein Gemeinderat sie nochmals aufforderte, diesem Wunsche nach und stimmten unter der Tür mit Ja ab, ohne daß sie wußten, um was es sich handelte; alsdann gingen sie so schnell wie möglich wieder in den „Adler" zurück. Das beweist, welche Interessen solche Leute an der Gemeinde haben, obwohl unser Herr Bürgermeister Braun sich in anerkennenswerter Weise die größte Mühe gibt, das Wohl der Gemeinde nach jeder Richtung hin zu wahren.

Weiter wurde der Bürgerausschuß am 16. Juni gerufen, um über die von Herrn M. Oppenheim vorgelegten Eingemeindungsgrundsätze zu beraten, welche auch nach Verlesen derselben einstimmig angenommen wurden mit dem Zusatzantrag, daß sich die Gemeinde vorbehält, etwaige Abänderungen oder Zusätze nachzuholen.

Die Abrechnung der Krankenkasse vom Jahre 1904 wies einen Kassenbestand von 589,81 Mk. auf, welcher Bestand zu niedrig erschien; um lebensfähig zu bleiben, müssen die Beiträge erhöht werden.

Beiertheim soll über kurz oder lang einen neuen Friedhof anlegen, wozu eine Fläche von 8—10 000 Quadratmeter erforderlich ist, wenn bei einer Vermehrung der Gemeinde die Sterbefälle im Jahr 80—100 Personen betragen. Es wurde zu diesem Zweck ein Stück Almendgelände, welches von Herrn D. Eberle für geeignet befunden wurde, vom Bürgerausschuß akzeptiert, nur besteht die Befürchtung, daß die Genehmigung vielleicht nicht erteilt wird; ein anderer Platz ist aber nicht da, und so kann es kommen, daß die Beiertheimer im Rintheimer Feld begraben werden müssen.

Der Bürgerausschuß genehmigte für die Mannschaften bei Einquartierungen im Jahre 1905 einen Zuschuß von 50 Pfg.

Die Kosten für die Führung des Leichenwagens und der Leichenträger werden auf die Gemeindekasse auf Antrag unserer Genossen mit 38 gegen 1 Stimme übernommen. Diese Angelegenheit brachte eine Debatte, natürlich, weil dieser Antrag von sozialdemokratischer Seite kam und sich seiner die Genossen Speck und Gräßer besonders annahmen. Ein Herr Eduard Burz von der 2. Klasse sagte erregt: „Man könnte gerade glauben, die zwei wären allein da und seien Herr im Hause, man hört niemand mehr wie die. Ich verbitte mir das und richte mich nicht nach Euch." Diese Ungehörigkeit wurde von obengenannten Genossen zurückgewiesen, was auch verursachte, daß Burz sich der Abstimmung enthielt.

Zum Schluß wollen wir noch über die am 30. Mai abgehaltene Bezirksratssitzung ein Wort sprechen: Es handelte sich dort um die Staatsgenehmigung für den Verkauf unserer Auäcker, welche die Herren Schrempp und Kölsch um den Preis von 257 000 Mk. von Beiertheim erworben haben. Wie bekannt, wurde dort die Staatsgenehmigung versagt, wobei Herr Stadtrat Weill u. a. sagte, der Bürgerausschuß in Beiertheim genehmigte nur darum diesen Verkauf, weil er glaubte, dieses Geld unter die Bürger verteilen zu dürfen. Für so schwach wird der Bürgerausschuß in Beiertheim gehalten. Wir

wollen nur hinzufügen, daß Herr Weill Gelegenheit hat, an einer Bürgerausschußsitzung teilzunehmen und sich von den Fähigkeiten der Bürgerausschußmitglieder zu überzeugen.

O. **Rastatt**, 24. Juni. Allgemeine Ortskrankenkasse. Am Mittwoch fand hier im Löwensaal die ordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Dieselbe war leider sehr schlecht besucht; hatten sich doch von 38 Arbeitgebervertretern nur 20 und von 78 Arbeitnehmervertretern nur 43 eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Verhalten des Arbeitgebervertreters, des Herrn Böhm, der seine Leute aufforderte, aus der Ortskrankenkasse auszutreten und sich der Finkbeiner'schen Kasse anzuschließen, von seiten des Vorsitzenden und verschiedener Arbeitervertreter scharf gerügt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Satz von 2,40 Mark pro Tag und Kopf für Spitalverpflegung exklusive Bandagen, Weine 2c. viel zu hoch ist und muß hier, wenn die Kasse nicht mit Defizit arbeiten soll, unbedingt Remedur geschaffen werden, was auch von seiten des Vorstandes versprochen wurde. Am 1. Januar 1905 hatte die Ortskrankenkasse 2164 Mitglieder, und zwar 1405 männliche und 759 weibliche. Vom 1. Januar bis 1. April sind 618 Erkrankungen zu verzeichnen. Im Spital wurden 96 männliche und 40 weibliche, in ihrer Wohnung 201 männl. und 21 weibliche Mitglieder behandelt. 11 Mitglieder waren in auswärtigen Krankenhäusern in Behandlung, darunter 4 in Lungenheilanstalten.

Die Kasse hatte eine Einnahme von 9069 Mk. und eine Ausgabe von 7318 Mk. (unter dieser sind aber die Honorierungen der Aerzte nicht gerechnet, welche sich für das Vierteljahr auf ca. 1400 Mk. belaufen). Für Krankengeld wurden 2433 Mk., für Spitalverpflegung 1540 Mk. exklusive 217 Mk. für Bandagen und Weine ausgegeben.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag gestellt, daß die Meldestelle beim Bezirksamt, wofür jährlich 200 Mk. bezahlt werden, in Wegfall komme und die Anmeldung direkt auf dem Kassenlokal zu geschehen habe. Dieser Antrag wurde, nachdem sich die Arbeitgebervertreter sehr energisch dagegen verwahrt hatten, mit 33 gegen 30 Stimmen angenommen. Hier konnte man wieder einmal die Furcht der Arbeiter vor dem Arbeitgeber beobachten; entblödeten sich doch verschiedene nicht, zugunsten der letzteren gegen den Antrag zu stimmen. Zum Punkt: Stellungnahme zur freien Vereinigung der badischen Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen gab Hugo Suble eine eingehende klare Erläuterung über den Wert und Nutzen obiger Vereinigung und wurde einstimmig beschlossen, derselben beizutreten. Nachdem wurden noch die Verträge mit dem Rechner, Aerzten, Krankenhäusern, Apotheken 2c. genehmigt.

Freiburg, 25. Juni. Kein Alkohol auf den Bauten. Bekanntlich war eine der Forderungen beim Maurerstreik, daß das erbärmliche Kantinenwesen, das ein großer Krebsschaden für die Arbeiterschaft war, aufzuheben sei. Das ist erreicht worden, und die Arbeiter selbst haben verlangt, daß während der Arbeitszeit geistige Getränke nicht mehr verabreicht werden. Jetzt hüllt sich die kapitalistische Presse in den Mantel des Moralisierens und tut so, als ob die Unternehmer die Urheber dieser Neuerung wären. So schreibt die „Badische Landeszeitung“:

Besonders zu begrüßen ist, daß nunmehr geistige Getränke von den hiesigen Baustellen verbannt werden. Der oft geradezu unmäßige Biergenuß hat bei manchem Arbeiter den halben Verdienst und manchmal noch mehr verschlungen, so daß es zu Hause in den Familien an allen Ecken und Enden fehlte. Abends setzten sich dann die in Betracht kommenden Arbeiter nochmals in den Kneipen zusammen, um tüchtig über die schlechten Löhne und die Ausbeuterei zu schimpfen. Das wird nun hoffentlich anders werden. Vor allem werden dabei die Familien profitieren und viele der Unzufriedenen werden einsehen müssen, daß ihnen in dem Alkohol ein weit größerer Feind gegenübersteht, wie in dem gehaßten Arbeitgeber, der bei den heutigen gespannten Lohnverhältnissen nicht immer eine beneidenswerte Rolle spielt.

Bezüglich des letzteren Satzes sei nur bemerkt, daß man gegen den Alkohol sich schützen kann, nicht immer jedoch gegen Unternehmermacht. Wo aber die Arbeiter in dieser Frage selbst die Initiative ergriffen haben, fällt das Unternehmerverdienst dabei weg.

---

* **Mannheim**, 26. Juni. Familiendrama. Der Kesselschmied Jakob Walter von Hockenheim hatte am 13. März seine von Mannheim betrunken heimkehrende Frau durch Fußtritte so schwer mißhandelt, daß sie starb. Wegen dieses Deliktes wurde Walter heute vom Schwurgerichte zu 4½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Behrle ergab sich ein schauerlicher Leichenbefund: Milz, Leber, Nieren waren zerrissen und 11 Rippen gebrochen.

— Ein Gewitter mit Hagelschlag richtete auf Gemarkung Friedrichsfeld beträchtlichen Schaden an.

— Im Rheine ertränkte sich der 25 Jahre alte Taglöhner Peter Eckert, weil ihm seine Geliebte wegen seiner Trunkenheit Vorwürfe machte.

Aus dem Reiche.

Saarbrücken, 26. Juni. Die Tat eines Geistesgestörten. Im hiesigen Krankenhause griff in einem Anfalle von Geistesstörung ein Italiener mit einem Messer eine Krankenschwester an, die entsetzt flüchtete. Der Italiener sprang dann zum Fenster hinaus und blieb tot auf dem Hofe liegen.

Königshütte, 26. Juni. Aus Eifersucht erschlug der Arbeiter Marek den Zimmerhauer Cierpka. Letzterer hatte mit Mareks Frau Beziehungen unterhalten.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 27. Juni.

Die Frequenz des Arbeitersekretariats

weist von Woche zu Woche eine Steigerung auf. In der Zeit vom 15. bis mit 21. Juni haben 90 Personen das Sekretariat aufgesucht. Die erteilten Auskünfte bezogen sich auf die Arbeiterversicherung in 21, auf den Arbeits- und Dienstvertrag in 29, auf das bürgerliche Recht in 22, das Strafrecht in 4, die Arbeiterbewegung in 6 und auf Gemeinde- und Staatsbürgerangelegenheiten in 8 Fällen. Außerdem wurden in derselben Zeit 7 Auskünfte auf brieflichem Wege erteilt und 20 Schriftsätze gefertigt. Der Eingang an Postsachen belief sich in der Zeit vom 15. bis mit 21. Juni auf 14 Briefe, 3 Postkarten und 3 Drucksachen, der Ausgang auf 38 Briefe und 3 Postkarten. In der Zeit vom 1. bis mit 21. Juni betrug die Gesamtzahl der Besucher des Sekretariats 244.

Zu wünschen wäre, daß die Besucher des Sekretariats sich mehr an die festgesetzten Sprechstunden (mittags von 12 bis halb 2 Uhr und abends, mit Ausnahme des Samstags, von 5 bis 8 Uhr) halten, damit dem Sekretär genügende Zeit zur Erledigung der bereits umfangreich gewordenen schriftlichen Arbeiten bleibt. Das Bureau des Arbeitersekretariats befindet sich Kurvenstraße 19, 2. Stock.

Die Säuglingsklinik,

die seitens des Badischen Frauenvereins errichtet wird, stellt sich die Aufgabe, beim Erkranken der Säuglinge unentgeltlichen ärztlichen Rat zu erteilen und Hilfe zu gewähren; ferner soll zur Erreichung dieses Zweckes eine einwandsfreie, in ihrem Preis die Anschaffungskosten nicht übersteigende Kindermilch geliefert werden.

In seinen Ankündigungen sagt der badische Frauenverein weiter: „Die Säuglingspoliklinik soll — dank dem bereitwilligen Entgegenkommen der hiesigen Stadtverwaltung — täglich von 3—4 Uhr nachmittags den Müttern bezw. den Pflegerinnen von kranken Säuglingen, die im Besitze von den durch die Damen unseres Schutzvereins ihnen auszuhändigenden bezw. von auf unserem Vereinsbureau — Gartenstraße 47 — abzuholenden Karten sind, unentgeltlichen ärztlichen Rat und Hilfe, letztere in Form von ärztlichen Ordinationen, sowie den entsprechenden Arzneien und falls nötig, auch von ärztlichen Besuchen in der Wohnung der kranken Säuglinge, zuteil werden lassen. Die Ueberwachungsbeihilfe bei der Ernährung und Pflege der Säuglinge soll allen jenen bedürftigen Eltern und Müttern sowie Pflegemüttern von Säuglingen zugewendet werden, welche sich damit einverstanden erklären; sie wird darin bestehen, daß die kleinen Schützlinge von unsern in der Krankenpflege bereits vorgebildeten, jedenfalls aber zu diesem ihrem Ehrenamt mit entsprechender Instruktion versehenen Schutzdamen von Zeit zu Zeit besucht und hierbei, wenn irgend nötig, bei der Pflege und der Ernährung mit Rat und Hilfe an die Hand gegangen wird. Jedes unnötige Dreinreden wird hierbei vermieden, und sorgsam soll hierbei die Gestaltung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses zwischen Aufsichtsdamen und ihren Schützlingen bezw. ihren Eltern angebahnt und gepflegt werden.“

Wie notwendig der Schutz der Säuglinge ist, mag der Umstand beweisen, daß von den in unserem Lande und auch hier in der Stadt Karlsruhe geborenen, sterben, noch ehe sie das erste Lebensjahr vollendet, ein Fünftel bis zu einem Viertel, ja teilweise noch mehr; das macht für unsere Stadt bei durchschnittlich 3000 Geburten 600 bis 750 und im ganzen Großherzogtum Baden bei etwa 50000 Geburten über 10000 Todesfälle, die überwiegend den ärmeren Teil der Bevölkerung treffen.

Wir möchten im Interesse der Arbeiterfrauen, die nicht Zeit haben, um lange Wege zu laufen, nur dem Wunsche Ausdruck geben, die Kartenausgabe so bequem wie möglich zu machen. Vielleicht geschieht dies dadurch, daß man in der Stadt und in den Vororten eine Anzahl Abnahmestellen errichtet.

Wenn die Säuglingssterblichkeit wirksam bekämpft werden soll, dann muß auch den Ursachen, welche sie erzeugt, nachgegangen werden. Eine dieser Ursachen ist die Unterernährung der Arbeiterfrau, die kaum oft imstande ist, ihrem Körper das Notwendigste zu geben, geschweige noch ein Kind zu stillen. Die Damen vom Badischen Frauenverein müssen deshalb — wollen sie konsequent sein — die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen aufs eifrigste unterstützen.

Ueber den Roman,

den wir gegenwärtig im „Volksfreund“ zum Abdruck bringen, gehen uns, mündlich und auf schriftlichem Wege, fast täglich Klagen zu. Ein satirisch veranlagter Leser fällt in einer uns gestern zugegangenen Stadtpostkarte sein Urteil dahingehend, daß der Roman „lehrreich, hochinteressant und pikant sei. Das Weibervolk (wegen dieses wenig respektvollen Ausdrucks räche man sich an dem Verfasser, nicht an uns. Red. d. „Volksfr.“) sei ganz erstaunt. Bringen Sie lauter so fesselnde Romane, dann wird der Leserkreis Ihres Blattes nicht nur entzückt sein, sondern sich auch vermehren“.

Die kleine Bosheit, die der Einsender in den Inhalt der Karte fließen ließ, hindert uns nicht, an dieser Stelle auszusprechen, daß uns die unverfälschte Meinungsäußerung über einen Roman, oder über den Inhalt des „Volksfreund“ überhaupt, jederzeit willkommen ist. Wir dünken uns nicht unfehlbar und sind gern bereit, Irrtümer und falsche Auffassungen richtig zu stellen und uns vom Gegenteil überzeugen zu lassen, wenn uns beweiskräftige Gründe beigebracht werden. Ein Blatt, das die Interessen von Zehntausenden zu vertreten hat und sich selbstverständlich nur von prinzipiellen Gesichtspunkten leiten lassen darf, kann unmöglich jeden einzelnen Leser befriedigen. Um so verkehrter ist der Standpunkt, sofort das Arbeiterorgan abzubestellen, wenn dem einen dieser Roman, dem andern jener Artikel, dem dritten eine harmlose Notiz nicht gefällt.

Doch zu unserem Roman! Der Verfasser der „Diamantstadt“ ist der bekannte Holländer Heijermans, ein starkes dramatisches Talent und ein Meister in der Milieuschilderung. Seine neuesten Bühnenwerke: „Die Hoffnung auf Segen“ und „Ein fröhliches Spiel am häuslichen Herd“ haben selbst bei jenen Kunstkennern, die die Tendenz dieser beiden Stücke durchaus ablehnten, Anerkennung und Bewunderung hervorgerufen. Heijermans propagiert nämlich in seinen Werken sozialdemokratische Ideen; die dramatische Kraft, mit der er z. B. in der „Hoffnung auf Segen“ das Leben und Treiben der Schifferbevölkerung schildert, läßt noch Großes von ihm erhoffen. Wenn also die „Diamantstadt“ abgelehnt wird, so bedenke man immerhin, daß der Verfasser kein gewöhnlicher Romanfabrikant, sondern ein Dichter und Dramatiker ist, der der Arbeiterwelt etwas zu sagen hat.

Wir geben jedoch selbst zu, daß der Roman etwas zu breit angelegt ist und vor allem zu viel Milieuschilderung und zu wenig Handlung enthält. Daran leidet die „Diamantstadt“. Die Handlung schleppt sich nur mühsam fort und manchmal widert die Festhaltung der einzelnen Phasen des Lebens der Diamantarbeiter den Leser an und er sucht nach lichtvolleren Ausblicken. Aber Heijermans gibt Wahrheiten und kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sie so bitter sind.

Die sozialdemokratische Presse kann nicht die seichten, oberflächlichen und bodenlos unwahren Geschichten der Dutzend-Romanfabrikanten ihren Lesern vorsetzen. Sie verschmäht es und muß es verschmähen, die Romanleser und noch mehr die Romanleserinnen in ein phantastisches Märchenreich zu führen, in welchem Prinzen und Dornröschen hausen und die übrigen Menschenkinder glücklich sind, wenn die beiden sich schließlich „kriegen“. Die Bearbeitung dieses Feldes überlassen wir der bürgerlichen Presse; unsere Romane sollen zugleich bilden und erziehen, natürlich auch Unterhaltungszwecken dienen.

Das bedenke man, ehe man wegwerfend über die Romane des „Volksfreund“ sich äußert. Hinzu kommt noch, daß die Auswahl unter den wirklich guten Romanen eine sehr beschränkte ist und zudem hohe Geldkosten verursacht.

Aber einen Trost können wir unseren Lesern bieten, die „Diamantstadt“ geht ihrem Ende entgegen. Nur noch vier Nummern des „Volksfreund“ und der Roman wird in unsere Unterhaltungsbeilage verwiesen. In dieser wird er in wöchentlichen Portionen serviert und ungefähr Mitte Juli aufgebraucht sein.

Dafür entschädigen wir unsere Leser und die — hoffentlich in recht großer Zahl — neu hinzutretenden Abonnenten mit einem sicher ansprechenden Roman von Gertrud Schievelbein. Er nennt sich: **„Der Unkenteich“** und schildert die Seelenqualen eines Lehrers im Berufe und in der Familie, der sich nicht dazu hergeben will, den Kindern andere Wahrheiten, als die er selbst anerkennt und von deren Richtigkeit er überzeugt ist, zu lehren. In einfache, schlichte Form ist die Erzählung gekleidet und dabei doch geeignet, uns eine Vorstellung von dem Leben der Welt, in welcher der Lehrer und seine Familie sich bewegen, zu geben.

Wir beginnen mit dem Abdruck am 1. Juli. Unsere Parteigenossen ersuchen wir, bei der Werbung von Abonnenten auf den neuen Roman zu verweisen.

---

* **Gastwirtstag.** Zu dem 13. Bundestag des Bundes deutscher Gastwirte haben sich die Teilnehmer aus ganz Deutschland zahlreich eingefunden. Gestern fand eine Aufsichtsratssitzung der Bundes-Sterbekasse (Sitz in Darmstadt) statt. Die Kasse wird als eines der bedeutendsten Institute in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung bezeichnet. Sie gibt ihren Mitgliedern auch Darlehen. In den 13 Jahren ihres Bestehens wurden an die Hinterbliebenen von 2021 verstorbenen Mitgliedern die Summe von 2205113 Mk. ausbezahlt. Dabei wurde noch ein Reservefond von 1163869 Mk. angesammelt.

Stadtgarten. Morgen Mittwoch den 28. Juni, abends 8 Uhr findet, wie bereits bekannt gegeben, anläßlich des 13. Bundestages des Bundes deutscher Gastwirte im festlich beleuchteten Stadtgarten ein Festkonzert der gesamten Leib-Grenadier-Kapelle statt. Gleichzeitig wird der Gesangverein „Concordia“ einige Männerchöre vortragen. Um 10 Uhr wird auf dem Lauterberg ein großartiges Brillantfeuerwerk abgebrannt und der Berg selbst bengalisch beleuchtet werden. Der Beginn des Feuerwerks wird durch ein Trompetensignal bekanntgegeben. Außer der Kasse beim neuen Stadtgarten-Eingang (rechts vom Hauptportal der Festhalle) ist noch von abends 6 Uhr an eine Kasse beim alten Eingang (links vom Festhalleportal) und eine solche beim Tiergarten-Eingang an der Ettlingerstraße geöffnet. Die Eintrittspreise sind die gewöhnlichen und betragen in den Stadtgarten und in den Tiergarten für Abonnenten 30 Pf., für Nichtabonnenten 50 Pf. Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung.

* **Scheugewordene Pferde.** Gestern Vormittag halb 10 Uhr gingen dem Dienstknecht eines Droschkenhalters in der Akademiestraße die vor einen Kohlenwagen gespannten Pferde durch, während derselbe sich in einer Wirtschaft in der Kaiserallee aufhielt. Die Pferde rasten durch die Kaiserallee, wo sie einen Obstwagen umrannten und stark beschädigten. In der Stefanienstraße gelang es, die Tiere aufzuhalten. Personen wurden nicht verletzt.

Gerichtszeitung.

§ **Karlsruher Strafkammer III.** (Sitzung vom 23. Juni.)

In der Zeit von Mitte Juli bis Dezember 1902 wurden in Gernsbach und Scheuern mehrere Einbruchsdiebstähle verübt. Von den Tätern fehlte jede Spur und alle Recherchen der Polizei nach den Einbrechern blieben ohne Erfolg. Erst in diesem Jahre glückte es, die Diebe zu ermitteln; es waren das der Fabrikarbeiter Wilhelm Ramsteiner aus Gernsbach, der Fabrikarbeiter Alois Sänger aus Hörden und der Heizer Karl Friedrich Metzger aus Niefern, die beiden letzteren in Gaggenau wohnhaft. Die Genannten hatten zu Gernsbach in dem Hause des Müllers Langenbach, in das Ramsteiner durch ein Kellerloch eingedrungen war, aus einem Sekretär 43 Mk., aus dem Bureaugebäude der Firma Katz und Klumpp 32 Mk. und aus der Güterhalle 3 Zuckerhüte, 2 Fäßchen Wein sowie aus einem Reisekorb, dessen Schlempen sie abschnitten, Taschentücher, Hemden, Unterkleider, Socken, Stiefel, Rosenkränze und Stahlfedern, Gegenstände in einem Gesamtwerte von 200 Mk. 90 Pf., ferner zu Scheuern aus der Villa der Frau Reuthe zwei Lefaucheugewehre und ein Flobertgewehr entwendet. Die gestohlenen Gewehre, die später verkauft wurden, hatten einen Wert von 200 Mk. Ramsteiner, Sänger und Metzger mußten sich heute wegen schweren Diebstahls verantworten. Mit ihnen waren wegen Hehlerei Cäcilie Ramsteiner geb. Münchenbach aus Ortenberg, Taglöhner Wilhelm Münchenbach aus Ortenberg und Hausierer Adolf Metzger aus Niefern angeklagt. Von diesen drei Angeschuldigten wurden auf grund des Verhandlungsergebnisses die Ehefrau Ramsteiner und Adolf Metzger freigesprochen und Münchenbach, weil er ein Gewehr verkaufte, das nicht mit dem vorgeschriebenen Prüfungszeichen versehen war, zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Bezüglich der drei Hauptangeklagten erließ das Gericht folgende Urteile: Ramsteiner 2 Jahre 11 Mon. Zuchthaus, Sänger 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, K. Fr. Metzger 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus. (Schluß folgt.)

Die Revolution in Rußland.

Lodz im Belagerungszustand.

Der Gouverneur von Lodz erklärte infolge eines kaiserlichen Ukases den Kriegszustand.

Die Opfer der Lodzer Straßenkämpfe.

Bei den Kämpfen der letzten Tage in Lodz wurden nach offiziellen Angaben **343** Juden und **318** Christen getötet und insgesamt 700 Personen verwundet.

Die Vorgänge in Warschau.

Der Versuch des allgemeinen Ausstandes ist mißlungen, trotzdem die Stimmung erregt ist. In den Straßen Wronia und Krochmalna wurden fünf Barrikaden durch Militär zerstört. Hierbei kamen zwei Personen um. Der Betrieb in den Fabriken ist eingestellt, obwohl unter den Arbeitern Mißstimmung über den Ausstand herrscht. Aus Czenstochau wird gerüchtweise gemeldet, daß gestern Abend auf den Polizeimeister eine Bombe geworfen wurde. Hierbei wurde dieser und sieben Vorübergehende verwundet.

Ueber die Schreckensszenen in Lodz und Warschau

berichtet die „Bohemia“ folgendes:

Um 6 Uhr abends warf in der zur Palativorstadt gehörigen Lagiewnikstraße ein junger Mann in einen Kosakenpferdestall eine Bombe. Die Explosion war furchtbar, die Panik unter den Soldaten unglaublich. Vier Kosaken blieben sofort tot, 16 wurden schwer verwundet, 23 Pferde wurden totgeschlagen. Der Täter entkam. — In der Konstantinowskastraße erschoß ein Unbekannter aus dem Hause Nr. 69 einen Soldaten. Infolgedessen feuerten 50 Infanteristen sechs Salven in das Haus, töteten vier Männer und zwei Frauen. Zwölf Personen wurden außerdem tötlich verletzt. Nach amtlicher Meldung wurden gestern Nachmittag **264 Personen erschossen.** Mit der Bestattung der Opfer ist heute begonnen worden. Es wurden 90 Tote im Dorfe Doby und 115 in Jarzef beerdigt. Das Feuergefecht in den Straßen dauert noch fort. Bei der Gasanstalt wurden heute eine Mutter und ihre Tochter getötet. Kosaken durchsuchen die Taschen der Erschossenen und eignen sich alle Wertgegenstände an. Am Abend sind in Lodz wieder einige Zeitungen erschienen.

Die Stadtambulanz wurde am Freitag 240-mal zur Hilfe aufgefordert, konnte aber nur die Hälfte leisten. Bis zum Samstagmittag erfolgten weitere 18 Aufforderungen. Die Verletzten wurden meist sterbend in die Spitäler gebracht und in Höfen und Korridoren auf dem Boden niedergelegt. Um zwei Uhr nachts wurde aus einem Hause der Konstantinowskastraße auf Kosaken geschossen. Die Soldaten demolierten darauf das ganze Haus und töteten alle Bewohner. Sechs Stadtwagen fuhren beständig Leichen zum Friedhof. Die Zahl der Getöteten und Verletzten definitiv festzustellen, ist unmöglich.

In Warschau passierte um 6 Uhr abends die Grzibowskastraße eine manifestierende Menge, in der junge Leute rote Fahnen trugen. An der Ecke der Wroniagasse kam eine Patrouille berittener Gendarmen dem Zuge entgegen. Plötzlich trat ein Mann aus der Menge und schleuderte eine große Bombe in die Patrouille. Mit furchtbarem Knall explodierte die Bombe. Ein Pferd wurde getötet, zwei Gendarmen tötlich verletzt. Der Täter entkam in der entstandenen Verwirrung. Nach der Explosion schoß Infanterie auf die Arbeiter und verletzte mehrere Personen, darunter auch zwei auf einem Baugerüste ruhig arbeitende Maurer schwer.

Es liegen noch folgende neuere Meldungen vor:

w. **Warschau, 27. Juni. Aus Lodz wird telegraphiert: Die Offiziere des Murow-Dragoner-Regiments erklärten dem Truppen-Oberkommandanten, sie würden nicht mehr auf wehrlose Leute schießen lassen. Der General-Gouverneur von Warschau befahl die sofortige Rückkehr dieses Regiments an seinen Garnisonsort. Ein geheimer Erlaß befiehlt, alle Soldaten polnischer Nation oder jüdischen Glaubens von den in Lodz stehenden Militärteilen herauszuziehen, weil sie nur in die Luft und nicht in die Volksmenge schössen.**

An den letzten Straßenkämpfen beteiligten sich angeblich 30000 Arbeiter. In den von Arbeitern besetzten Häusern, in die Militär eindrang, wurden sämtliche Einwohner ohne Gnade massakriert. Von den Soldaten wurden 11 erschossen und ebenso viele schwer verwundet.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Vom Kriegsschauplatz

liegen keine besonders wichtigen Meldungen vor. Täglich finden kleinere Scharmützel statt. Die Japaner bemühen sich fortgesetzt, die Russen völlig zu umgehen und einzukreisen. Aus den Telegrammen Linewitschs geht hervor, daß das Bemühen der Japaner bisher nicht ohne Erfolg war.

Zum Frieden.

Rußland sowohl wie Japan haben dem Präsidenten Roosevelt mitgeteilt, daß ihre Bevollmächtigten im ersten Drittel des Monats August in den Vereinigten Staaten zusammentreten werden.

Letzte Post.

Dr. Max Hirsch †.

Homburg v. d. H., 26. Juni. Landtagsabg. Dr. Max Hirsch ist heute Nachmittag hier gestorben.

(Dr. Max Hirsch war eine im politischen Leben Deutschlands bekannte Persönlichkeit. Im Jahre 1865 machte er zum Zwecke des Studiums der englischen Arbeiterbewegung eine Reise nach England und begann dann im Jahre 1868 mit der Gründung der deutschen sogenannten Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine. Als Gewerkschaftsführer hat er jedoch Fiasko gemacht. Die von ihm gegründeten Gewerkvereine haben sich nicht als entwicklungsfähig erwiesen und vor allem haben sie ihr ursprüngliches Ziel, die Entwicklung der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung zu unterbinden, total verfehlt. In den letzten Jahren mußte Dr. Max Hirsch noch den Schmerz der Rebellion im eigenen Lager gegen die von ihm vertretenen Grundsätze erleben. Nur mit Rücksicht auf sein Alter und seine Verdienste hat man davon abgesehen, ihn von seinem Posten als Anwalt der Gewerkvereine abzusetzen. Dr. Hirsch war sowohl im deutschen Reichstag als auch im preuß. Abgeordnetenhause parlamentarisch tätig, hat aber politisch nie eine größere Rolle gespielt. In den letzten Jahren trat er nur selten hervor.)

Das Urteil im Simplicissimus-Prozeß.

w. **Stuttgart**, 26. Juni. In dem „Simplicissimus“-Prozeß wegen Beleidigung der an dem Kölner Sittlichkeitskongreß beteiligten preußischen Geistlichen wurde heute das Urteil gefällt. Der Schriftsteller Ludwig Thoma wurde zu 6 Wochen Gefängnis und der Redakteur Julius Linnekogel zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die württembergische Verfassungsreform.

w. **Stuttgart**, 26. Juni. Die Kammer der Abgeordneten trat heute in die Beratung der Verfassungsrevision ein, wobei der Abg. Hausmann-Balingen (Volkspartei) die Frage aufwarf, ob nicht noch ein anderer Weg als der des Regierungsentwurfes zur Erreichung einer neuen Verfassung beschritten werden könne; der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß das Gesetz vom Jahre 1849, nach dem die Regierung das Recht hat, im Zusammenwirken mit den 64 Vertretern der Oberämter ein Verfassungsgesetz zu schaffen, noch zu Recht bestehe. Darauf beantragte der Abg. Gröber (Zentr.), die staatsrechtliche Kommission mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob dieses Gesetz von 1849, betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zur Beratung einer Revision der Verfassung, noch in Geltung ist; außerdem beantragte der Redner, die Beratung über die Verfassungsrevision bis zur Vorlegung des Kommissionsberichtes auszusetzen. Sämtliche Redner bezeichneten die Anregung Hausmanns als ein Hindernis für das Zustandekommen des Gesetzes und Ministerpräsident v. Breitling erklärte, daß die Regierung die Auffassung Hausmanns nicht teile. Hausmann zog schließlich seine Anregung zurück, ebenso der Abg. Gröber seinen Antrag. Morgen findet die Fortsetzung der Beratung statt.

---

w. **Halle a. S.**, 27. Juni. Der Abg. Kunert wurde wegen Beleidigung der deutschen Chinakämpfer, begangen durch eine Wahlrede, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

w. **Washington**, 26. Juni. Präsident Roosevelt sandte eine Anzahl Beamte nach Deutschland und anderen europäischen Ländern für das Studium der kommerziellen Verhältnisse zur Hebung des amerikanischen Handels. Die Beamten reisen als Privatleute.

w. **Tanger**, 27. Juni. (Agence Havas.) Der marokkanische Dampfer „Turli“ ist gestern mit 500 Soldaten, 100 Pferden, Munition und Lebensmitteln nach Saida in See gegangen, um von dort nach Udjda zu dampfen, wo die Lage der Truppen des Sultans andauernd kritisch ist.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Heute Dienstag, abends halb 9 Uhr: Singstunde. Vollzähliges Erscheinen wird gewünscht. Die bestimmte Zusammenkunft im „Ritter“ fällt aus.

2418 Der Vorstand.

Briefkasten.

W. in Offenburg. Die Karte, welche zum Ausflug nach Zell aufforderte, traf Samstag Mittag halb 12 Uhr bei uns ein. Die Samstag-Nummer des „Volksfreund“ war also bereits gedruckt. Derartige Aufforderungen „für den kommenden Sonntag“ sendet man am besten am Donnerstag ein, dann finden sie in der Freitagsnummer Aufnahme.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Badische Politik, Deutsches Reich, Ausland, Feuilleton und Letzte Post: Wilh. Kolb; für die Rubriken: Aus der Partei, Soziale Rundschau, Gerichtszeitung, Badische Chronik, Aus der Residenz, Versammlungsberichte, Aus dem Reiche und Vermischtes: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir unsere Stadtabonnenten, ihren Umzug jeweils per Zweipfennig-Postkarte bei der Expedition, Luisenstraße 24, anzeigen zu wollen, damit in der Zustellung des Blattes keine Verzögerung entsteht.

Expedition des Volksfreund.

Zucker-Abschlag!

Würfelzucker à **25** ₰
egale Tafel-Würfel rangiert

dito, Netto 5-Pfd.-Paket Feinkorn ℳ 1.30
" " " Crystall ℳ 1.35

gem. Zucker I à **25** ₰
" **II** à **24** ₰
Kochzucker (farin) à **22** ₰

Hutzucker
offen Pfd. **25** Pfg., im Hut Pfd. **23½** Pfg.

gem. Crystallzucker
Pfund **24** ₰, 10 Pfund **2.35** ℳ
Ztr. ℳ **23.—**, Originalsack ℳ **45.—**.

bei 2416.3

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.
— **Telefonanschlüsse 460, 1694 und 947.** —
Versand nach auswärts gegen Nachnahme.

Pforzheim.

Für unser neues Verwaltungsgebäude suchen wir auf 1. August d. J. einen verheirateten

Hausmeister

Demselben fällt die Beaufsichtigung des ganzen Anwesens, die Besorgung der Dampfheizung, Instandhaltung der Installation und Ausführung kleinerer Reparaturen zu. Weiter wird ihm in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau die Reinigung des Verwaltungsgebäudes, soweit dieses für Kassenzwecke Verwendung findet, übertragen.

Schriftliche Offerten erbeten an das Bureau der Allgemeinen Pforzheimer **Ortskrankenkasse,** Pfarrgasse 16, woselbst noch nähere Auskünfte über den Umfang der Geschäfte und Gehalt erteilt wird. 2407.3

Der Kassenvorstand.

Grosse Bad. Invaliden-Geld-Lotterie

Ziehung sicher 8. Juli 1905

2928 Geldgewinne ohne Abzug Mark **44,000**

1. Hauptgewinn Mk. **20,000** = **20,000**
2. Hauptgewinn Mk. **5000** = Mk. **5000**
2926 Gew. zus. Mk. **19,000** = **19,000**

Lose à 1 M., 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt
J. Stürmer, Generaldeb., Strassburg i. E., Langestr. 107.
In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr. 11/15, C. Wieder, L. Michel, E. Dahlemann, Chr. Frank, J. Heppes, Herrenstr. 25, Fr. Haselwander, Ed. Flüge.

Zur Einmachzeit

empfehlen:

Wein-Essig

Ltr. 24 Pfg., bei 5 Ltr. 22 Pfg.

Ansatz-Branntwein

per Flasche (ca. 1 Ltr.) **80** Pfg. mit Flasche,
per Ltr. offen **65** Pfg., bei 5 Ltr. **60** Pfg.,
garantiert echter

Nordhäuser

per Flasche (ca. 1 Ltr.) **1.—** Mk. mit Flasche,
bei 5 Flaschen à **95** Pfg. mit „
eigene Literflaschen werden mit 15 Pfg. zurückgenommen.

Kandiszucker
schwarz, per Pfd. **40** Pfg., sowie sämtliche

Gewürze
in garantiert reiner Ware.

Pfannkuch & Co.,

G. m. b. H. 2411
in den bekannten Verkaufsstellen.
Telefonanschlüsse 460, 1694 und 947.

Pforzheim.

Arbeitergesangverein „Freiheit".

Sonntag den 2. Juli im Hotel zum „Schwarzen Adler"

XV. Stiftungs-Fest

verbunden mit

Fahnenweihe und darauffolgendem **Ball**

wozu wir unsere Mitglieder nebst Angehörige, sowie Freunde und Gönner freundlichst einladen.

Das Festkomitee.

Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Programme à 50 Pfg. sind im „Tivoli", „Deutschen Haus" sowie bei den Sängern zu haben. 2402

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**

Billigstes
Colonialwaren-Detailgeschäft

Geschwister Hauenstein

Wilhelmstrasse 30, nächst dem Werderplatz.

Detailverkauf erstkl. Lebensmittel zu Engr.-Preisen

Lieferung frei ins Haus
Versand nach auswärts

empfehlen:

Würfelzucker	per Pfd. **24** Pfg.	
Raffinade zum Einmachen der Früchte	„ „ **23** „	
Kaffees, roh und geröstet, **Tee, Kakao,** von den gewöhnlichen bis zu den feinsten Marken	**zu Engrospreisen**	
garantiert **reines Schweineschmalz**	**46** Pfg.	per Pfd.
feines Blütenmehl	**14** „	„ „
extrafeines Blütenmehl	**15** „	„ „
Cichorie, 1 Pfund = 3 Pakete	**15** „	„ „
beste Sparkernseife	**20** „	„ „
Seifenpulver	**5** „	„ Pak.
Zwetschgen	**10** „	„ Pfd.
extrafeines Salatöl	**40** „	„ ½ L.
bestraffiniertes Petroleum	**14** „	„ Ltr.

ferner **Hülsenfrüchte, Suppeneinlagen, Teigwaren, Konserven, Oele, Zuckerwaren etc. etc.**

Wein-Verkauf

über die Strasse offen und in Flaschen.

Alles bester Qualität.

2410

---

2 Vorträge

über Kindersterblichkeit, deren Ursache und ihre Verhütung

finden nächste Woche **Dienstag** und **Mittwoch,** jeweils **abends 8 Uhr** im Zeichensaal der **Gutenbergschule,** Kaiserallee 55, mit völlig freiem Zutritt statt. Frauen der Weststadt und Umgebung sowie Jedermann, der für den Vortragsgegenstand Interesse hat, ist hierzu freundlich eingeladen.

Karlsruhe den 24. Juni 1905. 2412.2

Bad. Frauenverein.

Ottomane von 22 Mk. an.

3-teilige Taschen-Diwans in Crin d'Afric, gepolstert, von 45 Mk. an.

Coteline-Diwans von 32 Mk. an.

Bettstellen mit Rost, Matratze und Polster von 40 Mk. an

Möbel- und Aussteuergeschäft

J. Levy

Karlsruhe, Markgrafenstr. 21—23

Ganze Aussteuern sowie einzelne Möbel in bester Ausführung zu denkbar billigsten Preisen.

Eigene Tapezierwerkstätte.

Großes Lager in Spiegeln, Bildern, Kochherden, Regulateuren mit Schlagwerk, 14-tägig, Bettfedern.

Englische Schlafzimmer und Büffets.

2332

Polierte Bettstellen mit Muschelaufsatz, innen eichen, mit Rost, Matratze und Polster, von 70 Mk. an.

polierte **Waschkommode** mit Marmor von 35 Mk. an.

Chiffonniers matt und Glanz, in eichen mit Muschelaufsatz von 38 Mk. an.

polierte **Schreibtische** von 27 Mk. an.

Inspektor
für Karlsruhe

von erster **deutscher Lebensversicherungsgesellschaft** mit vorzügl. Einrichtungen und meist konkurrenzlosen Bedingungen **gesucht.**

Bewerbungen, auch Nicht-Fachleute, die gewilligt sind, sich durch Fleiß und Tüchtigkeit eine Lebensstellung zu erringen, belieben Offerten unter **K. 1986** an **Haasenstein & Vogler, Karlsruhe,** einzureichen. 2348.5

Gebr. Haas'
Borax-Kernseife
mit der PALME
Ueberall erhältlich.

Wer

seine Uhr gut und billig repariert haben will, der bemühe sich nach der **Bahnhofstr. 50.** Eine neue Feder kostet nur **1.25** ℳ Glas, Zeiger, je **25** ₰. Andere Reparaturen werden ebenfalls aufs billigste ausgeführt. Wegen Ersparnis der Ladenmiete daher billige Preise!

Karl Siede, Uhrmacher,
Karlsruhe, Bahnhofstr. 50.

Tücht. Schreiner

findet Beschäftigung. **Luisenstr. 24.**

Ein braves, fleißiges

Mädchen

zu einer Beamtenfamilie auf 1. Juli gesucht. 2409
Wilhelmstraße 36, 2. St.

Ein zweisitziger **Sportwagen** ist billig 2405

zu verkaufen.
Näheres **Wielandtstr. 24,** H. 1.

Gefunden ein Fahrrad

(Firma Grizner) mit der Polizei-Nummer 16 229 und der Fabrik-Nummer 60 208 auf der Straße von **Hagsfeld nach Blankenloch.**

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

15. Juni; Marie Luise, V. Albert Schweigert, Möbelpacker. 20.: Herta Ida, V. Ferdinand Baser, Architekt. 22.: Valentin, V. Valentin Schiffer-decker, städt. Arbeiter. Karl Otto Theodor Hermann Harri, V. Theodor Stolzenberg, Kaufmann. 24.: Luise Magdalene, Vat. Peter Trevisany, Schriftsetzer.

Eheaufgebote:

23. Juni: Johannes Hopfinger von Eußerthal, Schutzmann hier, mit Marie Moser von Ziegelhausen. Ludwig Postweiler von hier, Mechaniker hier mit Josefine Lohner von Grünwinkel.

Eheschließungen:

20. Juni: Emil Ueberle von Leopoldshafen, Friseur hier, mit Elisabetha Rinklin von hier. Wilhelm Billing von hier, Architekt hier, mit Blanka Horst von hier. Fritz Egel von Müllheim, Bankbeamter hier, mit Karoline Bleß von hier. Wilhelm Kretzschmar von Wasselnheim, Gutsbesitzer hier mit Klara Lutz von hier.

Todesfälle:

21.: Hans, alt 19 T., V. Edm. Breining, Schlossermeister. Karl, alt 4 Mon. 13 T., Vat. Karl Eisenmann, Ziegler. Wolf Schwarzenberger, Privatier, ein Witwer, alt 73 J. Adolf, alt 1 J. 4 M. 10 T., V. Leopold Wörner, Wagnermeister.

Versteigerung.

Dienstag den 27. d. M., vormittags 9 Uhr beginnend und an den folgenden Tagen

lasse ich zur **Konkursmasse** des verst. **Fr. Wilh. Hauser,** Kaiserstraße 76 hier, gehörenden Waren und Fahrnisse öffentlich versteigern. Unter anderem kommen zur Versteigerung:

Eine große Partie Cognac, verschiedene Qualitäten, Rum, Arrak, Kirschen- und Zwetschgenwasser; diverse Liköre; Weiß- und Rotweine, Samos, Portweine, Malaga, Madeira, Sherry; Champagner und Schaumweine; Thee, Kakao; Teigwaren, Suppeneinlagen; getrocknetes Obst, eine große Partie Gemüse- und Obstkonserven; 5 Kisten Datteln, 12 Kisten Korinthen, 60 Kisten Valencia-Rosinen, 15 Kisten Bartlett-Birnen; ca. 300 Liter Jamaica-Rum; ein Faß ca. 330 Liter Eau de Vie und sonstige Kolonial- u. Spezereiwaren.

Ferner 2 hochelegante Ladeneinrichtungen, 1 Cicloskylapparat, 1 Registrierkasse, 3 Präzissions-, 3 Decimal- und 2 Tafelwagen, 47 eiserne Lagerkästen, Thee-, Kakao- und Gewürzstanddosen, Oel- und Spiritusmeßapparate, Schaufenster-Reklamestücke und Einrichtungsgegenstände, Eisschränke, 1 großer Gas-Kaffeebrenner (Patent Barth), desgleichen Kühler und Kühlsieb, Grünkernmühle, eine große Partie Korke, Etiketten und Kapseln, desgleichen Cognac- und Likörflaschen, ovale und runde Lagerfässer, Faßlager, Kork- und Kapselmaschine, 1 Transportrad und ein Zweirad, Stoßkarren 2c. 2c.,

worauf ich Kaufliebhaber hierdurch aufmerksam mache.

Moritz Seiferheld, Konkursverwalter.